

An die Medien
der Stadt Bern
(mit der Bitte um Ver-
öffentlichung)

Bern, 30. Oktober 2015

Volksabstimmungen vom 15. November 2015

Ja zur Volksinitiative „Wald-Stadt – Nein danke“ und zu einem zusätzlichen Hallenbad

Nein zum Gesamtprojekt Eigerplatz und zum Budget 2016

Die Schweizer Demokraten (SD) der Stadt Bern befürworten die Volksinitiative „Wald-Stadt – Nein danke“. Mit dem gigantischen Prestigeprojekt „Waldstadt Bremer“ will man 340'000 Quadratmeter Waldfläche, welche insbesondere den Einwohnern des angrenzenden Länggasse-Quartiers als Naherholungsgebiet dient, opfern. Vom entstehenden Wohnangebot würden zudem primär finanzstarke Personen profitieren. Das Volksbegehren verhindert generell grossflächige Waldrodungen für die Schaffung von neuen Wohnzonen in der Stadt Bern und leistet daher einen wertvollen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung. Deshalb haben die SD die Initiative „Wald-Stadt – Nein danke“ bereits im Sammelstadium aktiv unterstützt (e. Stadtrat Robert Meyer war auch im Komitee vertreten).

Die Volksinitiative „Für ein zusätzliches Hallenbad in der Stadt Bern“ wird zur Annahme empfohlen. Das Angebot an gedeckten Schwimmbahnen ist zurzeit mangelhaft, zumal während Spitzenzeiten eine chronische Überbelastung herrscht. Schul-, Freizeit- und Vereinssport blockieren sich gegenseitig. Schwimmen beansprucht die Muskulatur des menschlichen Organismus ganzheitlicher als andere sportliche Tätigkeiten und hat daher eine wichtige Bedeutung. Dieser Tatsache möchten die SD Rechnung tragen.

Das Gesamtprojekt Neugestaltung und Sanierung Eigerplatz lehnen die Schweizer Demokraten (SD) vehement ab. Es handelt sich um ein Projekt, das den Raum für den Verkehr unsinnig einschränkt. Die daraus entstehende politisch motivierte Förderung des Schleichverkehrs ist zutiefst unökologisch. Mit dem Monbijoupark verfügt man in nächster Nähe bereits über eine Grünanlage. Letztlich sagen die SD auch aus Kostengründen Nein zu diesem Ausführungskredit.

Das Produktegruppen-Budget 2016 wird zur Ablehnung empfohlen. Da die geplanten Investitionen nur bedingt mit eigenen Mitteln finanziert werden können, nimmt die Langzeitverschuldung zu. Vermehrte Sparbemühungen wären deshalb unbedingt nötig. Die Abgabe im Baurecht beim Tramdepot Burgernziel wird zur Annahme empfohlen. Die Schaffung von neuem Wohn- und Gewerberaum entsteht dabei auf nachhaltiger Basis. Die Teilrevision des Reglements über die politischen Rechte (Wahlverfahren Stadtpräsidium) sowie die Gesamtanierung und Erweiterung der Volksschule Manuel wird befürwortet.

Freundliche Grüsse

SCHWEIZER DEMOKRATEN (SD)
Stadtsektion Bern

Adrian Pulver, Präsident